

für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts Aufschlaggebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale- und Zeitung“ eingetragen.

Alle unvollständigen Exemplare sind keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale- und Zeitung“ gestattet.

Verantwortlicher der Redaktion Hr. 1140; der Geschäftsstelle Hr. 1133 a; Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Saale-Beitung.

Zweilundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf., berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, I sowie von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Ercheint wöchentlich fünfmal; Samstags und Montags einmal, sonst monatlich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubergstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Politische Wochenschau.

Die Polenvorlage ist noch nicht im Hafen. In der Herrenhauskommission erstand den Entgegenparagrafen eine starke Gegenkraft. Ein Antrag König, der den geeigneten Weg finden wollte, um unter Ausmerzung zu großer Härten die Vorlage zu sichern, fand nicht die Billigung der Regierung. Das weitere Schicksal des Entwurfs bleibt abzuwarten. Im preussischen Abgeordnetenhaus folgte der Diskussion über den Bauzeit die Erörterung über die Zentralnervensystemfrage und die Förderung des Kultusstatts. Der Abg. Friedberg zeigte dabei eine ebenso feste wie liberale Haltung, und erwarb sich den Dank aller freier Denker, als er die konsequente Zusammenfassung der Schulordnungen, die Frage der Verwendung von Gelehrten bei der Ortschulinspektion und die Erklärung der Eigentümer Regierung gegen den Verein zur Verbreitung von Volksbildung einer heftigen Kritik unterzog. Solles Antwort war derart, daß man, wie gemeinet wird, auf der Tribüne des Reichstags den Ausruf hören: „Rehre zurück, Stuid, dir ist alles vergeben!“ Im Ministerium des Geistes ist es gegen früher um keinen Deut besser geworden. Das Kultusministerium legt nach wie vor den Hauptwert darauf, sich Kind bei konservativer und liberaler Reaktion zu sein. Das Geld der Steuerzahler wird ganz einseitig in den Dienst von kirchlichen und kulturfeindlichen Parteinteressen gestellt, nicht von einer Werte aus verwendet, die über dem Tageskampf steht. Die Verwaltung funktioniert nicht objektiv, sondern sucht die Entwicklung nach einer ganz bestimmten mittelalterlichen Richtung zu drängen. Die freie Forschung, die freie Wissenschaft kommt auf den holländischen Index. Wann mag das einmal anders werden? Im weiteren Verlauf seiner Beratungen befaßte sich das Abgeordnetenhaus noch mit der Dampfboilerüberprüfung Sahnig-Trelleborg, die als Konstruktionslinie neben die medienbüchsenbüchsen Dampfboilerüberprüfung Barnemünde-Gießer treten wird.

In Reichstage gelangte die Fischzucht zur Bräufeset-Zuckerkonvention zur Annahme, und im Anschluß daran auch der Antrag Ballemann auf Herabsetzung der Zuckersteuer. Das Resultat der Abstimmung über den Aggregierten-Fonds war besonders wegen der gegenläufigen Abstimmung in den Reihen der Linksliberalen bemerkenswert. Man sieht aus der Abstimmung, daß der Preßsinn sich die Freiheit seiner Entschliekung völlig gewahrt hat und nur nach rein sachlichen Erwägungen sein Wort abgibt. Bebauerte die Weidungen wurden über den Abg. Kämpf verbreitet, der von einer Influenzaerkrankung heimgeführt ist. Hoffentlich ist das Leiden nicht ernsthafter Natur. Nach einstimmiger Annahme eines Antrages Richtbojen zu Gunsten einer Pension- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten und nach weiterer Annahme eines Antrages Schönach-Carolath zum Automobilwagenverkehr wandte sich der Reichstag dem Postetat zu, wobei die Frage der Beamtenbesoldung und -Klassifizierung ausgiebig zur Erörterung gelangte.

Die alljährlich im Februar treten in Berlin die großen landwirtschaftlichen Kollegien zur sog. großen Landwirtschaftswoche zusammen. Das preussische Landesökonomikolloquium befaßte sich in erster Linie mit der Frage der Leutenat auf dem Lande und der inneren Kolonisation, wobei dankenswerte Anregungen zum Ausdruck gelangten. Der deutsche Landwirtschaftsrat nahm eingehend Stellung zur Frage des Spiritusmonopols. Professor Robert Koch sprach im Anwesenheit des Kaisers über die Mückenfliege in Südwestafrika, wobei er besonders auf das Mückenfliegen und die Tsetse-Fliege eingieng, und zum Schluß eine tierärztliche Behandlung und Beaufsichtigung des Viehverkehrs als Gegenmaßnahme gegen das Seuchenwesen forderte. Die Differenzen im ultramontanen Lager nahmen für den Vatikan einen siegreichen Ausgang. Der bayerische Kultusminister erkannte den katholischen Theologieprofessoren die Lehrfreiheit ab. Professor Schiner wurde beurlaubt. Der Paßst unternehm in der vergangenen Woche anlässlich des festes des heiligen Christofomus den Versuch, auch auf die orientalische, griechisch-orthodoxe Kirche seinen Einfluß auszubehnen. Er celebrierte ein Hochamt nach griechischem Ritus und forderte die Unterwerfung der orientalischen Kirche.

Die Marokkofrage veranlaßte wieder einmal eine Aussprache in der französischen Deputiertenkammer. Nicht verstand der Tatsache, daß die beiden Sultane sich an Deutschland um Intervention gewandt haben, alle Bedeutung abzusprechen, und meinte, Deutschlands Mitteilung an Frankreich sei nichts weiter als ein Akt der Courtoisie. Die „Kön. Ztg.“ belehrte ihn, daß die Dinge denn doch nicht ganz so leicht zu nehmen sind, und dieser Eindruck ist auch, trotz der zurückhaltenden Versicherungen des Staatssekretärs n. Schön in der Budgetkommission des Reichstags, vor vorherrschende. Der französische General d'Amade verlangt mittlerweile immer weiter vor, so daß auch Spanien endlich einsteht, wie wenig Frankreich sich an die Algerietatsfrage, die Auslieferung MacLans, die nun in Tanger erfolgt, hat dessen siebenmonatige Gefangenschaft endlich beendet.

In Bisabon ist die Beisehung des Königs Carlos und des Kronprinzen in aller Ruhe vor sich gegangen. Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus sind auf Anfang März ausgefallen. Die Gnadenakt des jungen Königs haben einen recht günstigen Eindruck gemacht. Im Herbst gedenkt König Eduard von England ihm einen Besuch abzustatten. In Großbritannien haben sich die Differenzen über die Flottenfrage im liberalen Lager so zugespielt, daß man bereits von einer bevorstehenden Demission des liberalen englischen Kabinetts spricht. Die Jahresausgabe für die britische Flotte beläuft sich im nächsten Jahre auf 640 Millionen Mark, eine Ausgabe, die den Chauvinisten immer noch nicht genügt. Die Bereinigten Staaten wenden für Marinezwecke im nächsten Jahre 425 Millionen Mark auf und auch die deutschen Ausgaben reichen bei weitem nicht an die englische Ausgabe heran. In Indien hat England zurzeit mit der Unterdrückung des Aufstandes des Jafnahel-Stammes und den Unruhen in Bombay zu tun. Zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn scheint das Achtenalstige Programm vorübergehend eine kleine Vermittlung zu zeitigen, die aber hoffentlich bald wieder gehoben sein wird. Die Medung von türkisch-russischen Differenzen an der perischen Grenze fanden wenig Glauben. Der Sultan hat jetzt in Teheran einen Wtschafsterwechsel vorgenommen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser dinierte am Donnerstag abend beim Kommandierenden General von Sillow und frühstückte gestern vormittag beim Offizierkorps des Garde-Pionier-Bataillons.

Zu dem Studium des Kronprinzen

an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg bemerkt die „Königliche Zeitung“, daß die tiefere Bedeutung dieses Vorganges darin zu suchen ist, daß man es mit einem Ausgangespunkt für eine Wandlung in der Erziehung der Staatsbeamten im allgemeinen ansehen müsse. Ein neuer Pfad liegt gebahrt gemacht und damit auch eine Sehtlinie für jeden, der sehen wollte.

Zum Wechsel im Reichsgericht

melbet die „Kön. Volksztg.“ man unterhandelt jetzt mit einer hochangesehenen Persönlichkeit, welche früher dem Bundesrat angehörte, zwecks Übernahme des Reichsgerichtsamtes. Die Persönlichkeit stellt aber Bedingungen, über welche bisher eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Diese Bedingungen zielen auf eine selbständigere Stellung des Reichsgerichtspräsidenten ab.

Das Vereinsgesetz.

In der Kommission des Reichstages für das Vereinsgesetz wurde gestern zunächst die Abstimmung über § 4 und die dazu vorliegenden Anträge vorgenommen. Die Abstimmung ergab in der Hauptsache folgende Fassung dieses Paragraphen:

Soll eine öffentliche Versammlung (§ 3 Abs. 1) unter jedem Himmel abgehalten werden, so ist dies in der Anzeige oder in der diesbezüglichen öffentlichen Bekanntmachung ausdrücklich hervorzuheben. Versammlungen, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen, in Städten und Ortschaften stattfinden sollen, sowie öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen. Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzuführen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn von der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges eine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs zu befürchten ist. Öffentliche Versammlungen in einem mit dem Versammlungslokal zusammenhängenden eingetragenen Hof oder Garten gelten nicht als öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel. Woher die Vorweisung der Genehmigung ist dem Veranstalter sofort eine kostenfreie Bescheinigung mit Angabe der Gründe zu erteilen.

Der nächste Paragraph lautet nach einem konservativen Antrage, der einstimmig angenommen wurde: „Der Veranstalter ist berechtigt, die Leitung selbst zu übernehmen, sie einem andern zu übertragen oder die Wahl des Leiters durch die Versammlung zu veranlassen.“ Der § 6 bleibt unverändert, der Sprachenparagraph 7 wird einseitig zurückgestellt. Die weitere Beratung wurde darauf vertagt.

Die Mädchenerziehung im Königreich Sachsen.

Die Erste Sächsische Kammer in Dresden verhandelte gestern über die Petition der sächsischen Abteilung des Vereins für Frauenbildung und Frauenstudium, daß in ausgehender Weise als bisher befähigten Mädchen Gelegenheit geboten werde, sich die nötige Vorbildung für das akademische Studium anzueignen, indem ihnen die Zulassung zu allen Klassen der höheren Anbenschulen gewährt werde. Kultusminister Dr. Ba legte eingehend die Stellung der Regierung zur Frage der höheren Mädchenausbildung dar und führte aus, die Frage der Vertiefung und Erweiterung der Mädchenausbildung und die Frage der Zulassung der Mädchen zum Univeritätsstudium müsse vollständig neu geregelt werden. Dies Ziel könne man dadurch erreichen, daß man 1. die höheren Töchterschulen ausbaue, 2. daß man den Anbenschulen besondere Klassen für Mädchen anliebere,

3. daß man besondere Mädchenschulen errichte und 4. daß man das System der Gabelung durchführe. Das Natürliche sei der Ausbau der höheren Töchterschulen. In der Frage der gemeinschaftlichen Erziehung erklärte der Minister, daß er bereit sei, unter gewissen Voraussetzungen diesen Weg zu gehen. Er glaube, dem nächsten Landtage einen Gegenentwurf vorlegen zu können, in dem das ganze Gebiet der höheren Mädchenausbildung eine gesetzliche Regelung finden werde. Nach längerer Debatte beschloß das Haus, die Petition auf sich beruhen zu lassen und vertagte sich nach Erledigung einiger weiterer Petitionen auf Dienstag.

Die Kritik im Katholizismus.

Nach einerläufiger Seite in München wird bestätigt, daß Professor Schinher sein Gesuch um Beurlaubung erst auf direkte Einwirkung von dritter Seite hin eingereicht habe, da ein oberhirtliches Verbot seiner Vorlesungen für sämtliche auch nicht geistliche katholische Studenten der Universität unter Androhung kirchlicher Strafen unmittelbar bevorstand. Der bayerische Landtagsabgeordnete Pfarrer Grandinger hat die Befolgung des Befehls des Erzbischofs Albert von Bamberg, in der Schlußfrage nicht mit der liberalen Partei zu stimmen, abgelehnt, da es sich um einen nichtkirchlichen Befehl des Erzbischofs handelte. Man erwartet nunmehr auch gegen Pfarrer Grandinger kirchliche Strafmaßnahmen.

Eine Rede des Kronprinzen.

Die Berichte über die Verhandlungen der Landesparlamentarische Kommission, die am 25. und 26. Oktober vorigen Jahres tagte, sind im Verlage von Paul Parey in Buchform erschienen. Daraus ist zu ersehen, daß der Kronprinz in der Kommission die nachstehende Rede gehalten hat:

Meine Herren! Ich habe keine parlamentarische Vorbildung in irgendwelcher Weise. Ich möchte bloß darauf hinweisen, daß die Frage der Remontierung eine so außerordentlich wichtige ist, insbesondere für den Fall eines künftigen Krieges, daß irgend ein Mitglied der Remontekommission in jeder Beziehung verhandelt werden muß, und ich möchte Seine Excellenz (zum Kriegsminister) bitten, was befohlen werden kann, zu tun, daß die edle Jucht in Ostpreußen beschaffen wird, und daß die Jüchter sich nicht zur Kallblutauszucht und zur Züchtung von Mischprodukten hinwenden. Also was gefehlet kann, bitte ich, daß es gefehlet möchte. Ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Während der zweieinhalb Jahre, die ich beim Regiment der Garderifolios gefahren habe, habe ich die Erfahrung gemacht, daß die 14 bis 15 Remonten, die pro Schwadron vom Regiment aus abzugeben werden, meiner Ansicht nach nicht ausreichen. Denn von diesen 14 oder 15 Remonten gehen bei der Inszenierung, die jetzt herrscht, gewöhnlich zwei bis drei pro Schwadron ein. Wir haben bei dem Garderifolios in vergangenen Jahre Schwadronen gehabt, wo der Hofgang an jungen Remonten sogar die Hälfte von sechs erreicht hat. Es wäre beschaffen ein Moment, das ich anregen möchte, vielleicht nur bei der Remonte-Inspektion, ist anregen möchte, wieviel mehr, in den Remontebepots systematisch durchzuführen, so daß die Remonten, die die Truppen bekommen, bereits der Mehrzahl nach die Seuche hinter sich haben, damit wir ein absolut brauchbares Material haben, mit dem wir auch gleich in der Truppe arbeiten, im Ernstfall sofort etwas erreichen können. Dadurch würde es wahrscheinlich in den Remontebepots die Sterblichkeit der Pferde erhöht werden; es würde aber andererseits wieder dem Lande und den Jüchtern zugute kommen, indem mehr Pferde angekauft würden.

Die „Genosin“ Alin Braun

wird vom „Vorwärts“ geriffelt, weil sie in Hannover einen Vortrag gehalten hat, der von einem bürgerlichen Annoncenblatt mit sogenanntem unpolitischen Inhalte, dem „Hannoverschen Anzeiger“, verankaltet war; „Bezüglich der Reklamen für dieses Blatt findet die Veranstaltung der „Republikaner Vorträge“. Und die Genosin Braun kann es mit ihrer Parteicheure vereinbaren, sich zu solcher Reklame herzugeben! Die Haltung der Genosin Braun gewinnt noch besonderen Reiz, wenn man bedenkt, daß erst am Sonntag vorher unsere Parteigenossen in Hannover ein Flugblatt verbreiteten, in dem gegen den Hannoverschen Anzeiger wegen seiner schändlichen und gewissenlosen Berichterstattung über unsere schändliche Redeemonstration zu Rede gezogen wird. Für ein solches Blatt kann bei einem Eintrittspreis von 80 und 95 Pfennigen einen Vortrag zu halten, das ist, gelinde gesagt, eine Taktlosigkeit, die sich ein Sozialdemokrat nicht ausfinden kommen lassen darf. Um Sonntag laufen die Arbeiter zu Hunderten in Hannover mit Flugblättern herum, um den „Anzeiger“ an den Branger zu stellen und zwei Tage darauf kommt Frau Alin Braun und stellt sich in den Dienst desaelben Blattes. So versteht es diese Genosin vorzüglich, den proletarischen Klassenkampf — zu fördern. Hoffentlich trägt diese Veröffentlichung dazu bei, die Genosin vor anderen derartigen Seitenprüngen zu bewahren, wir wünschen das ihres Renommens willen, denn in Hannover spricht man recht nett von diesem Streich. Jedemfalls hätte sich die Genosin erst erkundigen können, ehe sie sich in solcher Weise compromittierte.“

Die Kriegsgefangenschaft der Herero.

Durch Verfügung des Gouverneurs v. Schumann ist vom Geburtstag des Kaisers an die Kriegsgefangenschaft der Herero aufgehoben worden. Die Hereros unterliegen nunmehr in jeder Beziehung den Verordnungen vom 18. August 1907 und den anderen für Eingeborene geltenden Bestimmungen. Insbesondere dürfen sie außer im Falle des § 4 der Kontrollverordnung nicht mehr einem bestimmten Arbeitgeber zur Beschäftigung überwiesen werden, sondern es muß ihrem Willen überlassen bleiben, mit wem

ne einen Dienstvertrag schließen wollen. Damit durch diese Verfügung keine Störungen in dem einen oder anderen Wirtschaftsbetriebe hervorgerufen werden, verfügt der Gouverneur, daß die bisherigen Kriegesgefangenen noch bis zum 1. d. M. in ihrem bisherigen Dienstverhältnis verbleiben. Auf besonderen Wunsch können einzelne auch zu anderen Verbänden gelassen werden, doch müssen sie sich dann auf dem betreffenden Bezirks- (Distrikts-)Amt melden.

### Herrers Manjun in Mrs.

Auch die Schulbehörde hat jetzt dem „Tag“ zufolge allen katholischen Schülern den Besuch der Gottesdienste des Herrers Manjun in Mrs wegen seiner betriebl. Katze- predigt unterlagt.

### General Keim als jungliberaler Bismarck-Redner.

Die Stuttgarter Jungliberalen haben den General Keim als Zeitredner für ihre Bismarck-Feier gewonnen, damit man, wie sie verlässen, sehe, daß nicht alle Süddeutschen bayerische Partikularisten sind, sondern ein nationales Herz auf dem rechten Fiede haben. Dazu bemerken die „Münd. N. N.“, daß die Stuttgarter Jungliberalen eine Bismarck-Feier veranstalten, ist sehr schön. Daß die General Keim als Zeitredner nehmen, ist löblich. Daß die aber dessen Einfluß auf einer derartig propagandistischen Motivierung beruhen, ist wieder nötig noch klug und am allerwenigsten im Geiste Bismarcks, des Einigers.

### Allgemeine Mitteilungen.

Die Sozialdemokratie veranstaltet am Dienstag, den 18. d. M. in und um Berlin Massenversammlungen gegen das neue Reichsverfassungsgesetz.

Staatssekretär Dernburg wird seine Reise nach Deutschland, Südwestafrika im Juni antreten und wiederum vom früheren Bezirksamtmann von Swatopmund, Dr. Bongard, begleitet sein.

An maßgebender Stelle ist von einem Plan der Aufhebung der Fahrkartensteuer nichts bekannt.

Professor A. H. H. H., Präsident der Universität Jena und zweiter Inhaber der Koethe-Professur an der Berliner Universität, hielt gestern in Berlin seine Abschiedsvorlesung.

Eine außerordentliche Sitzung des Berliner Magistrats wird heute abgehalten werden, in der der Räumlicher Erklärungen zum Etat der Stadt Berlin abgeben wird. Der Etat balanciert mit 150 Millionen in Einnahmen und Ausgaben, das ist 1 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre. Es bleibt bei einer Kommunalsteuer von 100 Proz.

### Deutscher Reichstag.

101. Sitzung am 14. Februar.

Auf der Tagesordnung des Hauses steht die Fortsetzung des Postetats.

Unterstaatssekretär des Reichshofamts Zweite erklärt, daß das Beamtenbeholdungsgesetz trotz ungemieiner Schwierigkeiten und trotz des Unlängens der zu bewältigenden Arbeitsleistung seitens der einzelnen Ressorts abgeschlossen ist. Jedoch sei noch Arbeit nach nicht geleistet, die Vorräte müßten noch verschiedene Stellen durchlaufen werden, die Vorräte müßten noch verschiedene Stellen durchlaufen werden, die Vorräte müßten noch verschiedene Stellen durchlaufen werden.

Staatssekretär Krone: Ein Gesetz über die Reform der Telegraphenbüchsen wird, wie ich hoffe, demnächst den Reichstag beschließen. Gelegenheit zur eingehenden Erörterung der einzelnen vom Abg. Köpff gemachten Bemerkungen wird also als bald gegeben sein, für heute können wir uns solcher enthalten. Der Staatssekretär legt alsdann die Stellung der Verwaltung der gegenüber der vorjährigen Resolutionen Absicht u. Gen. betreffend die Reform der Dienstverhältnisse und die Verbesserung einfacher Amtesgeschäfte an eine neue Gruppe von Beamten. Die Weiterentwicklung ist dazu übergegangen, die Gruppe der gehobenen Unterbeamten weiter auszubilden. Die Militärwärter, die drei Viertel der Betriebsbeamten ausmachen, seien keine Freunde der von der Ablegung einer Prüfung abhängigen Erlangung einer gehobenen Stellung.

Abg. Hamacher (Ztr.): Die Anlagen des Abg. Singer, nach denen das Brieffachverhältnis nicht mit der nötigen Einfachheit und Gewissenshaftigkeit gemacht werden, waren unangenehm, die Beweismittel reichten nicht im allernotwendigsten dazu aus, eine solche Anlage zu erheben. Wer den Geist in der Postbeamtenchaft kennt, der muß einen solchen Zustand für ausgeschlossen halten. Im Falle des Dr. Schellenberg verurteilen wir das Benehmen der Verwaltung, der Verantwortsitz ist Privatmann und kein Beamter. In Baden z. B. walteten andere Prinzipien in dieser Beziehung als in der Reichspost. Auf Grund meiner Informationen darf ich behaupten, daß die Militärwärter durchaus mit der Prüfung zur Sekretärsstellung einverstanden sind. Der Herr lehnt die Wiedererrichtung des Hlilgen Ortsports aus finanziellen Gründen ab, ebenso die Dismarsenzulage. Dagegen stimmt er dem früheren Vorschlagsverfahren für den Sonn- und Festtagen zu. Gegen das dreijährige akademische Studium bestehen Bedenken. Die höhere postalische Laufbahn werde dadurch verteuert werden. Der Redner beipflichtet die Fragen des Organisations- und Petitionsrechts der Beamtenchaft. Beamtenausschüsse seien notwendig. Er rüft an den Unterstaatssekretär die Frage, ob die Beamtenvorlage noch in dieser Wintertagung kommen werde. Die Beurlaubung in der Beamtenchaft müßte endlich ein Ende haben. (Beifall.)

Abg. Weg-Helldorf (nl.) erörtert die Fortschritte auf dem Gebiete des Postverkehrs an. Auch er betont die Notwendigkeit, die Beamtenbeholdungsvorlage möglichst bald dem Reichstage vorzulegen. Der Redner fordert, daß bei der Einführung des als dem Beamten Stützpunktes dienen Bedacht genommen werden müsse, daß die Militärbeamten nicht etwas zurückgesetzt werden, sie hätten sich durchaus bemüht. Weg spricht sich für die Dismarsenzulage aus und empfiehlt eine Ausbreitung des Hochschulverkehrs. Die Haltung des Staatssekretärs in der Frage des Petitionsrechts und des Verkehrs der Beamten mit Abgeordneten sei nicht erfreulich, aber auch der Beamtenstand müßte sich eine gewisse Reserve aufweisen. Der Zusammenstoß der Unterbeamten zu einem Reichsverbande werde auf die Dauer nicht verhindert werden können.

Abg. Ding (Rp.): Der Staatssekretär sollte etwas freie Mannesworte nicht gleich so tragisch nehmen. Herr Postle, der frühere Kultusminister, verkehrte mit seinen Rednern anders. Es wäre zu wünschen, daß etwas mehr von diesem liberalen Geiste was wahrhaft konversationeller Mannes in der Reichsverwaltung zu finden wäre. Der Redner beauftragt sich mit der Fernsprechgelehrtenreform, die eine erhebliche Wertenerkung bringen werde. Er verweist besonders auf die Verhältnisse im Barmen-Eberfelder Bezirk und bringt verschiedene drückende Wünsche vor. Zu der höchsten Karriere müßten Akademiker und Nichtakademiker zugelassen werden. Die glückliche Mischung von wissenschaftlicher Befähigung und praktischen Kenntnissen habe unter Postleuten

müßtergültig gemacht. Weiter bringt der Redner die Forderung der vier Handeltmann der Bergischen Lande Eisenfeld, Wahren, Kennep und Solingen zur Sprache, die schon von vornherein gegen eine etwa beschlossene Aufhebung des dortigen Bezirksprekursors Einspruch erheben.

Staatssekretär Krone: Von einem Mißtrauen der Verwaltung gegen die Beamten ist keine Rede. Man soll nicht alle kleinen Klagen der Beamten in hier zu einer großen Sache machen. Der Reichstag sollte sich dankbar sein, wenn ich ihm die Mühe abnehme, sich mit den einzelnen Klagen zu beschäftigen und wenn ich sie selbst in Ordnung zu bringen suche. Der Staatssekretär erklärt sich gegen die Gewährung von Rabatt bei Massenauftellungen.

Das Haus vertagt sich. Sonnabend 11 Uhr: Fortsetzung. Schluß 6 Uhr.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Am Freitag wurde die zweite Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Abg. Stroffer (konj.) bewies, daß bei der Besetzung theologischer Professuren immer nach dem Grundfach ausgleichend der Geschäftigkeit verfahren worden sei. Befehl seien liberale Professoren benannt worden. Die Klagen des Abg. v. Jandowski über schlechte Behandlung der Polen sei ungerichtet. Die Regierung dürfe den Polen nicht weiter entgegenkommen. Die Klagen, die so sehr über die preussische Polenpolitik klagten, möchten vergleichen, wie in Galizien herrschenden Polen die Ruthenen behandeln. Die Ruthenen gingen es außerordentlich schlecht, wenn Herr v. Jandowski auch noch so sehr das Gegenteil behauptete.

Abg. Hoff (fr. Vag.) tritt für Hebung der Volksschule ein. Der Minister möge die Not aus den Lehrerbüchern bannen und den Lehrern mehr besitzigen. Die Volksschule müsse aus ihrer Hausmagdstellung befreit werden. Nur wenn die Lehrerschaft über schlechte Behandlung und eigene Verantwortlichkeit erhalte, sei gute Erziehungsarbeit möglich, nur dann werde ein sittlich starkes Geschlecht herangezogen. Eine unangenehme Begleiterscheinung des Lehrermangels sei es, daß die jungen Lehrer vom Seminar auswand kämen. Sie sollten an eine mehrklassige Schule, damit sie sich unter Leitung eines erfahrenen Direktors weiterbilden könnten. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß der Geistliche in unserem Kultusministerium wieder lebendig werden möge, dann werde es auch für unsere Volksschule Frühling werden.

Abg. Eckenroth (konj.) verzieht auf Wort. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Metz (nl.) erklärt für seinen fraktionsgenossen Stoll, daß dieser bei seiner getragenen Rede seine Forderung des Lehrereides beschuldigt habe. Es weitem polemischer der Redner gegen den Abg. v. Campe. Es sei allerdings richtig, daß das Zentrum zur politischen Vertretung der katholischen Bevölkerung geworden sei. Das sei aber nur die Folge davon, daß keine andere Partei sich der Interessen der Katholiken annehme. (Widerspruch.)

Nach einigen kurzen Ausführungen des Abg. Köhling (nl.), der u. a. sagt, daß in den Wäldern durchaus nicht alle Katholiken für das Zentrum stimmten, wird die Debatte geschlossen.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen. Dann wird der Titel „Ministergehalt“ bewilligt.

Beim Titel „Ministerialdirektoren usw.“ regt Abg. von Gumpert (Ztr.) einen sorgfältigeren Schutz der Baudenkmäler aus alter Zeit an und fordert die Einsetzung einer Zentralkommission für Denkmalspflege.

Kultusminister Holle betont, die bestehenden Provinzialkommissionen für Denkmalspflege genügen dem Bedürfnis, indes werde er die Anregung des Redners prüfen. Die Fortverwaltung habe die in ihrem Bereiche befindlichen Baudenkmäler dem Kultusministerium zur Pflege übergeben.

Abg. Zehr v. Wolf-Metternich (Ztr.) vermahnt die katholische Geistlichkeit gegen den Vorwurf, als fehle es ihr an Verständnis für die kirchliche Kunst. Aber was hüffe alles Verständnis, wenn der metallene Hintergrund fehle.

Der Titel wird bewilligt.

Nachdem auch die Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam“, „Provinzialhochschulen“ und „Prüfungskommissionen“ ohne wesentliche Debatte bewilligt sind, geht das Haus beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen“ zu der

### Interpellation Schiffer-Bieret

über. Die Interpellation betrifft die Verpflichtung der nicht-kommunikationspflichtigen Personen — Mitglieder der königlichen Ständeschulen, Staatsbeamten usw. — zur Teilnahme an den Volksschulen.

Kultusminister Holle erklärt sich für sofortige Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Schiffer (nl.) begründet die Interpellation. Der Redner beklagt die unzulässige und im Lande böses Blut machende Freilassung der begüterten Ständeschulen von der Tragung der Volksschulkosten. Damit müßte schließlich ein Ende gemacht werden. Eine Regelung der Frage sei ausdrücklich einem besonderen Gesetz vorbehalten. Er frage, ob dieses Gesetz noch vor dem Inkrafttreten des Volksschulunterhaltungsgesetzes eingebracht werden solle. Das sei doch höchst notwendig. (Beifall.)

Kultusminister Holle erwidert, die Frage der Beteiligung der fraglichen Personen an der Tragung der Schulkosten lasse sich nicht regeln ohne gleichzeitige Neubearbeitung des Verhältnisses dieser Personen gegenüber den Kommunen. Man werde also bis zur Klärung des Kommunalabgabengesetzes warten müssen. Bis dahin werde man die verhältnismäßig geringen Summen, die in Frage kämen, aus dem Ausgleichsfonds ohne Schwierigkeit beitreten können.

Auf Antrag v. Hendebrand (konj.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Basse (konj.) betont sich durchaus zu den Darlegungen des Abg. Schiffer. Der Ausgleichsfonds sei nicht dazu da, Personen, die es nicht nötig haben, Lasten abzunehmen. Diesen Standpunkt teile die ganze konservative Partei.

Abg. Derschoff (freis.) wünscht ebenfalls baldige gleichzeitige Regelung der Schulunterhaltungspflicht, der Ausgleichsfonds sei nicht für die Privatgelehrten da.

Minister Holle weist nochmals darauf hin, daß es sich nur um zwei Ständeschulen handle, mit denen Verhandlungen eingeleitet seien.

Abg. Casfel (freis. Vp.): Wir sind durch die Auskunft des Ministers nicht befriedigt. Man sollte die Sache durch Spezialgesetz regeln.

Minister Holle erwidert, wenn die Sache größere Bedeutung hätte, würde ein Gesetz vorgelegt worden sein.

Abg. Schmedding (Ztr.) tritt für baldige Beilegung des Kommunalsteuerprivilegs ein.

Damit schließt die Besprechung. Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Kultusetat mit dem Schluß 3 1/2 Uhr.

### Ausland.

Von der englischen Flotte.

Das „Daily Chronicle“ bringt einen Leitartikel über die Disziplinlosigkeit in der englischen Kriegsmarine. Die Zustände seien gefährlich und unhaltbar. Zwischen den hohen Offizieren und der Admiralität beständen Differenzen, die in ausgesprochene Streitigkeiten ausarteten. Zwischen Admirälen in Dienst gäbe es Rant und Streitigkeiten. Zwischen Admiral Charles Beresford und Admiral Scott sprächen über Haupt nicht miteinander, obwohl Beresford der Oberbefehlhaber der Heimatsflotte und Scott sein Stellvertreter ist. Einer dieser Admiräle müßte außer Dienst gestellt werden oder alle beide. Ein Teil der Heimatsflotte sei eigentlich in einem Zustande der Meuterei gegen die Admiralität.

### Keine Tagesnachrichten.

Im Bezirk Nisio in Galizien gegen den Kandidat der Volkspartei Bojanowski klagte den Kandidaten der Regierungspartei Wozanowski. Wozanowski wurde darauf von Anhängern der Regierungspartei im Streit durch einen Messerhieb getötet.

### Provinzialnachrichten.

\* Merseburg, 13. Febr. (Ein Verein für Feuerbekämpfung) ist hier gegründet worden, dem bis jetzt 60 Mitglieder beigetreten sind.

\* Görlitz, 14. Febr. (Eisenbahnbau.) Der Landtagsabgeordnete Scherre hat auf eine Anfrage dem Ministerium die Antwort erhalten, daß die Finanzbehörden und zwar die Linie Lauba-Görlitz gebaut werden würde.

\* Gelsen, 14. Febr. (Nebelkälte.) Gestern abend gegen 7 Uhr wurde der Geschäftsführer Otto M. von hier, der Betraum nach Schiffschiff gefahren hatte, hinter der Oberbrücke von drei Leuten überfallen, die ihm den Mund mit Erde verstopften und die Geldtasche, die ungefähr 200 Mark enthielt, abschafften, um hierauf das Weite zu suchen. — Ein anderer Geschäftsführer, ein Eisenfabrik, nahm gestern abend aus Gefährdung einen jüngeren Mann zum Mitfahren in seine Geschäftsführung der Chaussee Polleben-Gelsen am Futterweg wurde von vier Personen von seinem Fahrgesteig plötzlich überfallen und mit einem Messer in die Brust gestochen. Der Stich ging durch das Schürfell hindurch und istramme auf den Kontostüben ab. Aufherden wurde der Geschäftsführer noch in eine Hand gestochen. Der Fahrer wurde keine Angreifer mit einem Gummischuh trüg ab und ließ ihn dann am Wege liegen. Auch in diesem Falle scheint es auf das Geld des Geschäftsführers abgesehen gewesen zu sein.

(Wernburg, 14. Febr. (Keine Erhöhung der Staatssteuern.) Wie verlautet, wird der neue Etat keine Erhöhung der Staatssteuern bringen.

\* Wörlitz, 14. Febr. (Tod in den Fluten.) Am 11. Februar wurde aus der Elbe im Postbezirke Mühlberg der Leiche der Verkäuferin Lina Bauer aus Hannover gefunden. Die B. war am 18. August 1875 geboren, fand bis zum 8. Februar c. bei der Firma C. G. Holzhausen in Wittenberg in Stellung und wohnte nach ihrer Entlassung in ihrem Logis in der Adlerstraße 17 in Wittenberg. Vor einigen Tagen verwichend sie selbst unter Zurücklassung ihrer Effekten, nachdem sie Selbstmordgedanken geäußert hatte.

(Jüdelberg (Zhr.), 14. Febr. (Wetterbericht.) Barometer: wenig fallend; Temperatur — 1 Grad; Feuchtigk.: Nebel (Rauchf.); Windrichtung: Südwest; Schneehöhe: 6 cm. Witterungsverhältnisse: gehobener Sport; Etz, Kodel- u. Rennschitten; Aussehen für Sonntag: unheimlich.

@ Leipzig, 13. Febr. (Fabrikbesitzer Debus t.) Im neuen Martinstag ist gestern der Fabrikbesitzer Karl Debus, einer der hervorragendsten Vertreter der Kaufmannsstände, nach längerem Leiden im Alter von 67 Jahren gestorben. Die Kaufmannsgerichts- und Barberei von Karl Debus gehörte zu den angesehensten Etablissements dieser Art in ganz Deutschland.

(Leipzig, 14. Febr. (Berlone Brillanten.) Einen schweren Verlust erlitt ein Brillantenhändler aus Antwerpen, der 30 Stück lose Brillanten im Werte von 17000 Mk. auf noch unangelegte Weise einbüßte. Der Mann hatte die wertvollen Steine lose in ein Papier eingewickelt in einer Tasche bei sich getragen; wahrscheinlich hat er sie verloren.

### Kunst und Wissenschaft.

Die Niddler zur reinen Hebräisch. Eine für die Geschichte des Judentums bedeutende Veranlassung war in London vor einigen Tagen von zwei jüdischen Gesellschaften einberufen worden, die sich die Aufgabe gestellt haben, das reine Hebräisch als jüdische Amtssprache wieder zu Ehren zu bringen. Die Verhandlungen wurden in reinen Hebräisch geführt, nicht in jenem jüdisch-deutschen Jargon, dem Jiddisch, das gegenwärtig als Hauptvermittlungsmittel unter der jüdischen Bevölkerung gilt. An der Spitze der Bewegung steht der Londoner Oberrabbiner der spanischen und portugiesischen Gemeinden, der Professor des Hebräischen an der Universität Cambridge Israel Hirschmann und der bekannte Pianist und Kenner der hebräischen Musikologie Adah Ha'an. Eine Resolution wurde angenommen, nach der in allen Teilen der Welt, wo Juden wohnen, für die Wiederannahme und den Gebrauch der reinen hebräischen Sprache gewandt werden soll.

Ein neues Cäsarendrama wird am Berliner Neuen Königl. Operntheater demnächst zum ersten Male in Szene gehen. Es ist das fünfaktige Schauspiel „Die Chryse“ von Walter F. F. F. F., Verfasser an der Kaiser Wilhelm-Gedächtnisfeier, der sich bereits durch seine in der „Allg. Ztg.“ erschienenen Romane, „Der Mittler“, einen Namen gemacht hat. Das Schauspiel ist eine historische Tragödie, in der der Charakter des Tannens des alten Rom, so den Kaiser Trajan, den Christen gegenübergestellt. Im Mittelpunkt der Handlung steht eine vornehmliche, aber nicht freimüthigen Vorterritor in der Arena nach dem Drama wird im Neuen Königl. Operntheater, noch etwa anderthalb hundert von schillernden Kriegen angehörigen Dilettanten dargestellt. Die erste Aufführung findet am 23. ds. statt.

### Bemerktes.

Vom Berliner Bankrott.

Neben das Vermögen des hlilichen Bankiers Stegmann Frieberg ist Freitag nachmittag das Kontokorrentvermögen der Bank eröffnet worden. Frieberg selbst weilt noch immer noch aufgefängenen Briefen und Depeschen in London. Er ist aber



